

MACHTWECHSEL IN KABUL: NATO UND EU WURDEN VON DER ENTWICKLUNG ÜBERRASCHT

Taliban übernehmen die Behörden

VON VERONIKA ESCHBACHER

Die militant-islamistischen Taliban übernehmen in Afghanistan nach und nach immer mehr Behörden und Ministerien. Regierungsangestellte seien ihrem Aufruf gefolgt, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, sagte ein Beamter eines Ministeriums, der namentlich nicht genannt werden wollte, am Dienstag. Es seien viele seiner Kollegen zur Arbeit gekommen, aber keine Frauen.

Die Islamisten hätten Listen der Angestellten und würden nur jenen Zutritt erlauben, die auf der Liste stünden. Lokale Medien veröffentlichten Fotos, auf denen zu sehen war, dass auch Verkehrspolizisten wieder zu ihrer Arbeit zurückkehrten. Bewohner der Stadt sagten, es würden wieder vermehrt Geschäfte geöffnet haben und Menschen auf der Straße sein. Überrascht zeigten sie sich darüber, dass der populäre Fernsehsender Tolo-News am Dienstag seine bekannte Moderatorin durch das Programm führen ließ, die auch einen Taliban-Vertreter interviewte.

Ein Bewohner des Viertels Pul-e Sorch sagte, die Taliban würden über Lautsprecher-Autos die Menschen aufrufen, sie ohne Angst zu akzeptieren. Alles sei normal, sie alle seien Brüder und sie würden für Sicherheit in der Stadt sorgen.

Berichte über Zwischenfälle

Allerdings gab es in den vergangenen Tagen Berichte über Zwischenfälle in der Stadt. Taliban-Kämpfer sollen sich Zutritt zu Wohnhäusern verschafft und Autos mitgenommen haben. Gleichzeitig sagten mehrere Bewohner Kabuls, dass einfache Kriminelle die Ankunft der Taliban ausnutzten und vorgäben, Taliban zu sein.

Am Dienstag gab es in einer Audiobotschaft eine Warnung an Taliban-Kämpfer, unter keinen Umständen Privathäuser zu betreten oder Fahrzeuge mitzunehmen. Sollte dies ein Beamter oder eine Einzelperson tun, sei das ein „Verrat am System“ und man ziehe sie zur Rechenschaft. Die von Tolo-News veröffentlichte Sprachnachricht wurde dem Taliban-Vizechef Mullah Jakob zugeschrieben.

Bereits am Montag hatte der Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid auf Twitter erklärt, dass niemand die Häuser von ehemaligen Regierungsbeamten betreten und sie bedrohen oder ihre Autos mitnehmen dürfe. Vor allem Menschen, die für die Regierung oder Ausländer gearbeitet haben, sorgen sich, dass die Taliban zu ihnen nach Hause kommen und sich an ihnen rächen oder plündern könnten.

Chaos herrschte weiter rund um den Flughafen der Stadt. Die Start- und Landebahn konnte am Dienstag zwar wieder geöffnet werden, dennoch versuchten weiterhin Hunderte Menschen, auf das Gelände zu kommen. Die Taliban würden diese mit einer



Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid schlug in der ersten Pressekonferenz seit der Machtübernahme versöhnliche Töne an. FOTO: RAHMAT GUL/AP/DPA

Peitsche schlagen und auch in die Luft schießen, um sie auseinanderzutreiben, berichtete ein Augenzeuge. Dennoch würden es die Menschen weiter versuchen. Von der anderen Seite der Flughafenummauer sei Tränengas in die Menge gefeuert worden.

Am Montag war der Flugverkehr eingestellt worden, da sich Menschentrauben auf dem Flugfeld aufhielten. Viele Afghanen wollen nach Ankunft der Taliban in Kabul das Land verlassen. US-Militärs versuchten, sie mit Warnschüssen zurückzudrängen. Einem Augenzeugen zufolge ist in der Nacht zu Dienstag eine Frau in der Nähe des militärischen Teils des Flughafens zu Tode getrampelt worden.

Die Nichtregierungsorganisation Emergency, die ein Krankenhaus im Zentrum Kabuls betreibt, teilte am Dienstag auf Twitter mit, acht schwer verwundete Patienten seien am Montag eingeliefert worden. 46 Leichtverletzte seien an andere Einrichtungen ver-

wiesen worden. Neun Menschen seien bereits bei ihrer Ankunft tot gewesen. Am Montag war es am Flughafen zu Zusammenstößen gekommen, als Hunderte versuchten, mit Flugzeugen das Land zu verlassen.

Das Tempo, mit dem die Taliban das Land übernommen haben, kam offenbar auch für

sie überraschend. Sie besetzen nur langsam die Behörden. Die Taliban erinnerten in den vergangenen Tagen mehrmals an eine bereits früher ausgesprochene Amnestie und riefen die Menschen dazu auf, zu ihren Arbeitsstellen zurückzukehren – auch Frauen.

Bildungsstipendien für afghanische Frauen gefordert

In den vergangenen 20 Jahren konnte Frauen und Mädchen in Afghanistan ein Bildungsangebot gemacht werden. Durch die Machtgreifung der Taliban würden die wenigen positiven Ansätze zunichte gemacht, sagt Reinhold Wetjen. Deshalb fordert der Vorsitzende der Bremer SPD, ein europaweites Bildungsstipendium für afghanische Frauen. Ein solches Stipendium soll mindestens 10.000 Afghaninnen ein Studium oder eine Ausbildung in der EU ermöglichen. Davon müsste Deutschland mindestens 2000 Frauen aufnehmen. Das

Stipendium könnte mit einem Sprachkurs und einer Orientierungsphase beginnen, Praktika beinhalten und durch Patenschaften gestützt werden. Die Ausbildung oder ein Studium würden sich anschließen. Nach ihrer abgeschlossenen Ausbildung können sich die Frauen entscheiden, ob sie in ihr Land zurückkehren wollen oder in Deutschland bleiben möchten. „Bremen könnte sofort mit seinem Anteil von mindestens 20 Plätzen starten – die entsprechenden Kapazitäten sind vorhanden“, sagt Wetjen. WK

Entwicklungshilfe ausgesetzt

Die Bundesregierung hat nach der Machtübernahme durch die militant-islamistischen Taliban neben der Entwicklungshilfe auch alle anderen staatlichen Hilfszahlungen ausgesetzt. „Was die Entwicklungshilfe angeht, aber genauso unsere Stabilisierungsmaßnahmen, haben wir diese Mittel jetzt erst einmal eingefroren“, sagte Außenminister Heiko Maas (SPD) am Dienstag nach einer Sitzung des Krisenstabes der Bundesregierung in Berlin. Man wolle sich zunächst die weitere Entwicklung in Afghanistan ansehen.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte, Deutschland habe beim Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ausdrücklich erklärt, die Entwicklungshilfe für das Land nicht sofort einzustellen. Aber „unter den jetzt gegebenen Umständen (...) können wir keine Entwicklungshilfe machen“.

Afghanistan war bisher die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Entwicklungshilfe. Für dieses Jahr waren bislang 250 Millionen Euro veranschlagt. Davon ist noch kein Euro ausgezahlt worden. Daneben bisher Gelder aus anderen Ressorts an Afghanistan, zum Beispiel für humanitäre Hilfe oder Polizeiausbildung. Insgesamt hatte Deutschland für dieses Jahr 430 Millionen Euro zugesagt.

Maas sagte, nicht nur Deutschland, auch andere Staaten hätten solche Zahlungen gestoppt. „Es gilt, zu überprüfen, wo man humanitär helfen kann.“ Dies gelte nicht nur für Afghanistan, sondern das werde in der kommenden Zeit vor allen Dingen für jene Menschen gelten, die aus Afghanistan in die Nachbarstaaten fliehen. DPA

Bremen nimmt bis zu 150 Ortskräfte auf

Bremen ist bereit, kurzfristig bis zu 150 afghanische Ortskräfte und deren Familien aufzunehmen. Dazu zählen laut einer Mitteilung des Senats Personen, die in Afghanistan für die Bundeswehr, deutsche Ministerien und Nichtregierungsorganisationen gearbeitet haben. „In Afghanistan sind Menschen in Lebensgefahr, weil sie uns geholfen haben. Jetzt muss es darum gehen, ihnen schnell und unbürokratisch zu helfen“, sagte Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne). Bremen sei bereit Verantwortung zu übernehmen, auch unabhängig vom sonst üblichen Verteilungsschlüssel. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) unterstützt den Vorstoß: „Diese Menschen haben mit ihren afghanischen Kolleginnen und Kollegen all die Jahre unter gefährlichsten Bedingungen eng zusammengearbeitet und am gleichen Strang gezogen. Sie zurückzulassen und nun den Taliban auszuliefern, verbietet sich.“ PAR

Motschmann legt Maas Amtsverzicht nahe

VON HANNES KOCH

Wegen der schnellen Machtübernahme der Taliban wird in Deutschland über persönliche Verantwortung und mögliche Rücktritte diskutiert. „Heiko Maas müsste eigentlich selbst die Konsequenzen ziehen“, wenn die deutsche Botschaft in Kabul früher um das Ausfliegen gebeten, das Auswärtige Amt aber nicht reagiert habe, sagte die Bremer Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann (CDU). An diesem Mittwoch tagte der Auswärtige Ausschuss. Fehlentscheidungen unter anderem im Haus von Außenminister Maas (SPD) müssten „sorgfältig aufgearbeitet“ werden, so Motschmann zum WESER-KURIER.

Die Taliban hatten die afghanische Hauptstadt Kabul am Sonntag und Montag überannt. Es war keine Zeit geblieben, deutsches Botschaftspersonal, Beschäftigte von zivilgesellschaftlichen Organisationen und afghanische Ortskräfte, die die Bundeswehr unterstützt hatten, in Sicherheit zu bringen. Maas hat inzwischen die Fehleinschätzung

seines Hauses darüber eingeräumt, wann die Taliban in Kabul sein würden. Motschmann verortete die Hauptverantwortung für das Desaster im Außenministerium, nicht bei Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU).

Diese Unterscheidung zwischen den Parteien der Großen Koalition wollte Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der Linken für die Bundestagswahl, nicht gelten lassen. Er warf sowohl dem Außenminister als auch der Verteidigungsministerin Versagen vor: „Sie geben ein verheerendes Bild ab.“ Maas und Kramp-Karrenbauer sollten „den Anstand haben, deutlich zu machen, dass sie für die Bildung einer nächsten Bundesregierung nicht zur Verfügung stehen“. Beide hätten den Vormarsch der Taliban mit „Ignoranz und Behäbigkeit“ begleitet. Dies bringe nun das Leben von Tausenden Ortskräften und ihren Familien in Gefahr, so Bartsch.

„Die Botschaft in Kabul hatte lange vor einer solchen Katastrophe gewarnt“, sagte Linken-MdB Doris Achelwilm. Das Auswärtige Amt soll seit Juni keine afghanischen

Visaanträge mehr bearbeitet haben. „Das bedeutet jetzt, dass die gefährdeten Ortskräfte in eine potenziell tödliche Falle laufen“, befürchtete Achelwilm. „Personaldebatten helfen nicht dabei, auch nur eine Person mehr in Sicherheit zu bringen“, sagte dagegen Kirsten Kappert-Gonther, Bremer Bundestagsabgeordnete der Grünen. „Es geht jetzt darum, schnellstmöglich Menschenleben zu retten.“ Bereits im Juni hätten Union und SPD den fatalen Fehler gemacht, den Antrag zur Evakuierung der afghanischen Helferinnen und Helfer abzulehnen.

Auch Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock kritisierte Maas. Die dramatische Zuspitzung der Lage sei „mit Ansage gekommen“. Sie verwies darauf, dass die deutsche Botschaft in Kabul frühzeitig vor den Gefahren durch den Vormarsch der Taliban gewarnt und rasches Handeln angefordert hatte. „Wie kann es sein, dass der Außenminister nicht auf die Warnungen seiner eigenen Diplomaten hört?“ Auf die Frage, ob sie den Rücktritt von Maas fordere, sagte die Grünen-Chefin, dafür sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt.

FDP-Fraktionsvize Alexander Graf Lambsdorff erhob Vorwürfe gegen Maas, Kramp-Karrenbauer und Innenminister Horst Seehofer (CSU). Die drei Regierungsmitglieder hätten „den Ernst der Lage nicht erkannt und verpasst, rechtzeitig eine Evakuierungsstrategie auszuarbeiten“, so Lambsdorff.

SPD-Vizekanzler Olaf Scholz verteidigte die Evakuierungsaktion. „Es sind ganz konkret 2500 Personen identifiziert worden, und davon sind über 1900 schon in Deutschland“, sagte Scholz über Ortskräfte, die die Bundeswehr in Afghanistan unterstützt hatten. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „von Medien und Hilfsorganisationen“ würden noch ausgeflogen, erklärte Scholz.

Verzweifelt und planlos

VON DETLEF DREWES

Eigentlich hatte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine seiner stets nüchternen Stellungnahmen angekündigt. Afghanistan sei ein „beispielloser Kollaps der militärischen und politischen Strukturen“ führte der Norweger aus. Er dankte den amerikanischen und britischen Einheiten, die gerade die Evakuierung „organisieren und absichern“. Dann brachte den trotz der schrecklichen Bilder aus Kabul steril wirkenden Chef der Allianz die Frage einer italienischen Korrespondentin aus der Fassung. Unter Tränen flehte sie den Nato-Generalsekretär an, die Frauen und Mädchen zu beschützen. Sie bat Stoltenberg, keine Gespräche mit den Taliban ohne Auflagen und Bedingungen zum Schutz der Frauen zu akzeptieren. Stoltenberg rang erkennbar um Worte, verwies darauf, dass das Bündnis auch weiter für die Menschenrechte kämpfen werde. Nur wie? Stoltenberg hatte keine Antwort.

Die Nato ist ebenso geschockt wie die EU. „Wir hatten befürchtet, dass die Uhrzeiger innerhalb von zwanzig Wochen um zwanzig Jahre zurückgestellt werden, doch unglücklicherweise reichten stattdessen weniger als zwanzig Tage“, räumte der italienische General Claudio Graziano ein, der Vorsitzende des EU-Militärausschusses. Noch am Dienstag der Vorwoche stritten die Mitgliedstaaten von EU und Nato miteinander, ob die Abschiebungen nach Afghanistan fortgesetzt werden könnten. Längst geht es nur noch darum, die Evakuierung der Europäer und der einheimischen Helfer zu organisieren. Die Außenminister der Gemeinschaft, die eben-

falls per Video tagten, versprachen sich gegenseitig, dass „jeder jeden Europäer“ mitnimmt, egal, ob es sich nun um deutsche, amerikanische, französische oder belgische Maschinen handelt. Ob das reicht, wollte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) am Dienstag nicht abschätzen. „Wir bemühen uns. Die Umstände am Flughafen Kabul sind mehr als schwierig“, sagte er und verteidigte zugleich sein Vorgehen. Berichte über einen Hilferuf der deutschen Botschaft in Kabul schon am Freitag wies er zurück. „Alle Mitgliedstaaten (der Nato, d. Red.) haben gleich gehandelt und seit Sonnabend in Krisenstäben die Evakuierung vorbereitet“, sagte er. „Ich würde meine Entscheidungen so wieder treffen“, betonte Maas.



Jens Stoltenberg
FOTO: TORSTEIN BØE/DPA

Die EU-Staaten richteten ihren Blick nach vorne und wollen mit den Nachbarländern Afghanistans die „humanitäre Zusammenarbeit“ intensivieren, um Asylsuchende, die dort ankommen, auch möglichst fern von Europa zu betreuen. „Wir sind bereit zu helfen“, sagte der Bundesaußenminister. Eine Fluchtelle in Richtung Europäischer Union soll vermieden werden.

Doch warum waren sowohl die Allianz als auch die EU-Gemeinschaft derart unvorbereitet auf die schnelle Machtübernahme der Taliban? Im militärischen Hauptquartier der Nato im belgischen Mons sagen hochrangige Militärs, der Zusammenbruch der afghanischen Streitkräfte, die man fast 20 Jahre lang trainiert habe, war nicht vorherzusehen. Die Schuld, so hieß es, „liegt bei der Staatsführung in Kabul, die ihren eigenen Sicherheitsapparat bloßgestellt hat und lieber selbst geflohen“ ist.

„Wir sind bereit zu helfen“, sagte der Bundesaußenminister. Eine Fluchtelle in Richtung Europäischer Union soll vermieden werden. Doch warum waren sowohl die Allianz als auch die EU-Gemeinschaft derart unvorbereitet auf die schnelle Machtübernahme der Taliban? Im militärischen Hauptquartier der Nato im belgischen Mons sagen hochrangige Militärs, der Zusammenbruch der afghanischen Streitkräfte, die man fast 20 Jahre lang trainiert habe, war nicht vorherzusehen. Die Schuld, so hieß es, „liegt bei der Staatsführung in Kabul, die ihren eigenen Sicherheitsapparat bloßgestellt hat und lieber selbst geflohen“ ist. **Kommentar Seite 2**

Es mehren sich die Forderungen nach politischen Konsequenzen, die sich vor allem an Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Außenminister Heiko Maas (SPD) richten.
FOTO: KAY NIETFIELD/DPA

